

A n t w o r t

des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Lisett Stuppy und Josef Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
– Drucksache 18/7078 –

Beschäftigungspiloten in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 18/7078** – vom 28. Juli 2023 hat folgenden Wortlaut:

Als erstes Bundesland in Deutschland hat Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr die Genehmigung für zusätzliche Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Förderung der Beschäftigung von Geflüchteten aus der Ukraine erhalten. Mit rund 4 Mio. Euro wurde die Arbeitsmarktintegration von ukrainischen Geflüchteten durch den Einsatz von Beschäftigungspiloten unterstützt. Weitere 2,2 Mio. Euro wurden investiert, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt abzumildern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Beschäftigungspiloten wurden mit den ESF-Mitteln finanziert (bitte aufschlüsseln nach Kreisen und kreisfreien Städten)?
2. Welche Unterstützungsleistungen haben die Beschäftigungspiloten für die ukrainischen Geflüchteten erbracht?
3. Wie viele ukrainische Geflüchtete haben seit Beginn des Projekts von einer Beratung durch die Beschäftigungspiloten profitiert (bitte aufschlüsseln nach Kreisen und kreisfreien Städten)?
4. Wie viel Prozent sind die in Frage 3 Genannten im Verhältnis zur Gesamtzahl der erwerbsfähigen ukrainischen Geflüchteten?
5. Wie viele ukrainische Geflüchtete haben seit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle in Rheinland-Pfalz gefunden (bitte aufschlüsseln nach Arbeits- und Ausbildungsstellen)?
6. Wie wurden die zusätzlichen 2,2 Mio. Euro zur Abmilderung der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt?
7. Wie bewertet die Landesregierung den Einsatz der Beschäftigungspiloten für ukrainische Geflüchtete auch im Vergleich zum Projektzeitraum 2016/2017?

Das **Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit angefügtem Schreiben beantwortet.

E: 17.08.2023
18/7254



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR ARBEIT,
SOZIALES, TRANSFORMATION
UND DIGITALISIERUNG

Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Präsident des
Landtags Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

DER MINISTER

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@mastd.rlp.de
www.mastd.rlp.de

17. August 2023

nachrichtlich:

Staatskanzlei
55116 Mainz

**Kleine Anfrage der Abgeordneten Lisett Stuppy und Josef Winkler (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)
betr. Beschäftigungspiloten in Rheinland-Pfalz
- Drucksache 18/7078**

Die Kleine Anfrage beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1.:

Im Rahmen des Förderansatzes „Beschäftigungspilot für Geflüchtete aus der Ukraine“ wurden sechs Projekte finanziert. Diese wurden im Donnersbergkreis, im Landkreis Kusel, im Rhein-Hunsrück-Kreis, im Eifelkreis Bitburg-Prüm, im Landkreis Berncastel-Wittlich sowie in der Stadt Koblenz durchgeführt.

Zu 2.:

Der Förderansatz „Beschäftigungspilot für Geflüchtete aus der Ukraine“ beinhaltet Maßnahmen der niederschweligen Information und Begleitung der Teilnehmenden bei der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.



Aufgabe der Beschäftigungspiloten war es, die ukrainischen Geflüchteten ganz individuell zu unterstützen, beispielsweise bei der Suche nach einem Sprachkurs, einem Kitaplatz oder auch bei Behördenbesuchen. Gleichzeitig wurden grundsätzliche Informationen über die Rahmenbedingungen des deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes vermittelt, insbesondere auch zu fairen Arbeitsbedingungen und den Rechten als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer. Eine weitere wichtige Aufgabe bestand darin, die Kompetenzen der Geflüchteten zu erfassen, Kontakte zu den örtlichen Jobcentern herzustellen und sich mit den jeweils in der Region vorhandenen Angeboten zur Integration in Ausbildung und Arbeit zu vernetzen und mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Zu 3.:

In den einzelnen Projekten wurde nicht die Anzahl der Personen, sondern die Anzahl der durchgeführten Beratungen dokumentiert. Insgesamt wurden 2.459 Beratungen - je nach Bedarfslage auch Mehrfachberatungen - durchgeführt. Diese verteilten sich wie folgt:

	Anzahl der durchgeführten Beratungen
Donnersbergkreis	294
Landkreis Kusel	273
Landkreis Bernkastel-Wittlich	765
Eifelkreis Bitburg-Prüm	238
Rhein-Hunsrück-Kreis	242
Stadt Koblenz	647

Zu 4.:

Da in den Projekten nicht die Anzahl der Personen, sondern der Beratungen gezählt wurde, kann lediglich die Gesamtzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten mit ukrainischer Staatsangehörigkeit genannt werden. Zum Stichtag 30. April 2023 (aktueller Datenstand) wurden in Rheinland-Pfalz 20.403 erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit ukrainischer Staatsangehörigkeit bei den Jobcentern gemeldet.



Zu 5.:

Für die Beschäftigungsstatistik liegen Hochrechnungen bis Mai 2023 vor. Nach Angaben des Statistik-Service der Bundesagentur für Arbeit waren im Mai 2023 8.000 Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit in Beschäftigung, davon 6.100 sozialversicherungspflichtig und 1.900 Personen waren geringfügig beschäftigt.

Für die Zahl der Auszubildenden erfolgt keine Hochrechnung, so dass hier lediglich Daten zum Stand Januar 2023 vorliegen. Im Januar 2023 gab es 114 Auszubildende mit ukrainischer Staatsangehörigkeit.

Zu 6.:

Die zusätzlichen Mittel in Höhe von 2,2 Millionen Euro wurden für die Förderansätze Jump - Mit Zusatzqualifikation in die Ausbildung (7 Projekte), ReStart - Coaching für Selbstständige (1 Projekt), Beschäftigungscoach (2 Projekte) und Unterstützung des digitalen Wandels in der Weiterbildung (6 Projekte) zur Verfügung gestellt. Es handelt sich dabei um Förderansätze, die im Rahmen der Umsetzung des EU-Hilfsprogramms REACT-EU speziell zur Bekämpfung der Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt entwickelt wurden.

Zu 7.:

Rheinland-Pfalz hat als eines von wenigen Ländern die auf europäischer Ebene im Rahmen von „CARE“ für den ESF vorgesehene Möglichkeit eines flexibleren Mitteleinsatzes genutzt und Mittel aus dem Programm REACT-EU zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten aus der Ukraine eingesetzt.

Die Ergebnisse aus den sechs Kommunen zeigen, dass die Beschäftigungspiloten für viele Geflüchtete eine wichtige Unterstützung auf dem Weg in den rheinland-pfälzischen Arbeits- und Ausbildungsmarkt waren und somit einen großen Beitrag zur Integration der Menschen geleistet haben.



Ein direkter Vergleich mit der Situation 2016/2017 ist unter anderem aufgrund von Unterschieden in Bezug auf die Zielgruppen und die Projektstruktur schwierig. Im Gegensatz zu 2016/2017 befinden sich unter den Geflüchteten aus der Ukraine vor allem Frauen mit Kindern - tendenziell mit einem höheren Qualifikationsniveau. Zudem konnten anteilig mehr Geflüchtete aus der Ukraine privat untergebracht werden, statt in Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende, was sich entsprechend auf die Projektarbeit und die Bedeutung der aufsuchenden Arbeit auswirkte. Weiterhin waren die rechtlichen Rahmenbedingungen aufgrund des Rechtskreiswechsels in das Zweite Buch Sozialgesetzbuch im Juni 2022 andere.

Alexander Schweitzer